

Pressemitteilung

Kampf gegen Hass und jegliche Formen von Diskriminierung: Für eine verstärkte justizielle Zusammenarbeit in Europa

Im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft wird Eric Dupond-Moretti, der französische Justizminister und „Siegelbewahrer“, am 27. Januar 2022 eine Videokonferenz eröffnen, deren Ziel sein wird, eine Bestandsaufnahme zu den aktuellen Formen von Intoleranz vorzunehmen und Möglichkeiten zur künftigen Verstärkung der Zusammenarbeit und der Handlungsmöglichkeiten im Bereich der Justiz zu besprechen.

Studien der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments zufolge nehmen durch Hass motivierte Übergriffe und Hassreden in der Europäischen Union sowohl off- als auch online zu und es lässt sich eine gewisse Verharmlosung von sämtlichen Formen der Diskriminierung feststellen. Vor diesem Hintergrund möchte sich die französische EU-Ratspräsidentschaft im Zuge der Videokonferenz am 27. Januar damit befassen, welche konkreten Handlungsmöglichkeiten der Justiz in dieser Hinsicht zur Verfügung stehen.

Nachdem die Kommission dem Rat den Vorschlag unterbreitet hat, die Liste der Straftaten, die in Artikel 83 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union aufgeführt sind („Eurocrime“-Liste), um Hassverbrechen und Hassreden zu erweitern und dadurch die Maßnahmen der EU in diesem Bereich zu verstärken, finden im Rahmen der Veranstaltung drei Rundtischgespräche statt. Bei diesen Gesprächen werden Vertreter der EU-Mitgliedstaaten, der Europäischen Institutionen und des Europarats sowie Richter, Staatsanwälte und Rechtsexperten aus mehreren EU-Mitgliedstaaten zu Wort kommen.

Das erste Rundtischgespräch widmet sich einer Bestandsaufnahme der neuen Formen von Intoleranz und liefert einen ersten Überblick über die möglichen Zukunftsperspektiven für die EU. Die Diskussionen werden sich insbesondere mit der Problematik des Antisemitismus und der durch Hass motivierten LGBTQ+-Feindlichkeit befassen und zu diesem Zweck auf aktuelle von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte zur Verfügung gestellte Daten zu Hassverbrechen und Hassreden in Europa zurückgreifen. Diese Überlegungen werden durch Redebeiträge von Vertretern der Europäischen Union und des Europarates ergänzt.

Im Rahmen des zweiten Rundtischgesprächs wird die Rolle des Internets bei Aufkommen und Verbreitung von Hass und Diskriminierungen im Detail diskutiert. Heutzutage scheinen das Internet und die sozialen Netzwerke dem Hass und der Feindseligkeit gegenüber anderen fruchtbaren Boden zu bieten, weshalb bei den Gesprächen Hass im Netz definiert werden soll und die Herausforderungen im Hinblick auf die Internetregulierung in diesem Bereich analysiert werden sollen. An diesem Runden Tisch werden Vertreter des deutschen Justizministeriums, der Europäischen Kommission, der Staatsanwaltschaft Paris und des französischen Zentralamts zur Bekämpfung von Cyberkriminalität (OCLCTIC) teilnehmen.

Beim dritten Rundtischgespräch wird der Fokus auf den rechtlichen Möglichkeiten zum Vorgehen gegen Gewalt an Frauen liegen. Angesichts dieser sämtlichen EU-Mitgliedstaaten gemeinsamen Problematik wird der Dialog zwischen Fachleuten ermöglichen, die Erkenntnisse objektiver zu betrachten, Verfahrensweisen zu vergleichen

Pressekontakte:

Büro des französischen Justizministers
Tel.: 00 33 (0)1 44 77 63 15
secretariat-presse.cab@justice.gouv.fr
presse-justice@justice.gouv.fr

Alle Pressemitteilungen:
www.justice.gouv.fr/presse

und bewährte Praktiken innerhalb der EU zu entwickeln.

Eric Dupond-Moretti wird die Videokonferenz eröffnen, und zwar im Beisein der Justizminister der Trio-Präsidentschaft, Pavel Blažek, dem Minister für Justiz der tschechischen Republik, und Morgan Johansson, der Ministerin für Justiz und Inneres des Königreichs Schweden, sowie von Margaritis Schinás, dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, EU-Kommissarin Helena Dalli und Juan Fernando López Aguilar, dem Vorsitzenden des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europäischen Parlaments.

Diese Videokonferenz findet am 27. Januar 2022, dem Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust, statt. Im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus wird eine Zeremonie abgehalten, um mit Nachdruck das entschlossene Vorgehen der Europäischen Union gegen Antisemitismus sowie ihr unerschütterliches Engagement für die Werte des Humanismus und der Toleranz, die den Grundstein der EU bilden, zu betonen.

Die Konferenz wird zudem durch Illustrationen des internationalen Netzwerks Cartooning for Peace bereichert. Cartooning for Peace wurde 2006 auf die Initiative von Kofi Annan, dem ehemaligen UN-Generalsekretär und Friedensnobelpreisträger, und dem Pressekarikaturisten Plantu hin gegründet. Dieses internationale Karikaturistennetzwerk setzt sich mit Hilfe der universellen Sprache der Pressebilder für die Förderung der Meinungsfreiheit, der Menschenrechte und des gegenseitigen Respekts zwischen verschiedenen Kulturen und Glaubensrichtungen ein.

VORLÄUFIGES PROGRAMM

Donnerstag, 27. Januar 2022 (Online-Veranstaltung)

Hass, Diskriminierung, geschlechtsspezifische Gewalt: Umgang der Justiz mit den heutigen Ausprägungen von Intoleranz

In Zusammenarbeit mit Cartooning for Peace

09:30 Uhr – Beginn der Konferenz

Eric Dupond-Moretti, Siegelbewahrer, französischer Justizminister

Margaritis Schinás, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission

Helena Dalli, EU-Kommissarin für Gleichheitspolitik

Juan Fernando Lopez Aguilar, Vorsitzender des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europäischen Parlaments

Pavel Blažek, Justizminister der tschechischen Republik

Morgan Johansson, Ministerin für Justiz und Inneres des Königreichs Schweden

Ana Gallego Torres, Generaldirektorin der Generaldirektion Justiz und Verbraucher (DG JUST) der Europäischen Kommission

11:00 Uhr – Die europäische Justiz angesichts neuer Formen von Intoleranz, Bestandsaufnahme der neuen Formen von Intoleranz und mögliche Zukunftsperspektiven für die Europäische Union

Joanna Goodey, Leiterin der Abteilung Forschung und Daten, Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

Claudia Luciani, Direktorin des Europarates für demokratische Regierungsführung und Antidiskriminierung

Malin Björk, Europaabgeordnete, Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europäischen Parlaments

Katharina Von Schnurbein, Koordinatorin der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus

Flora Bolter, Mitgeschäftsführerin der Beobachtungsstelle für LGBTQ+-Politik der Stiftung Jean Jaurès

14:00 Uhr – Das Internet als Verstärker von Hass und Diskriminierung

Grégory Weill, Leiter der Abteilung für Hass im Internet der Staatsanwaltschaft Paris

Cécile Augeraud, Leiterin des französischen Zentralamts zur Bekämpfung von Cyberkriminalität (OCLCTIC)

Alexander Schäfer, Referatsleiter, deutsches Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Louisa Klingvall, Europäische Kommission – DG JUST, Referat für Grundrechte

15:15 Uhr – Welche justiziellen Handlungsmöglichkeiten bestehen bei Gewalt an Frauen?

Isabelle Rome, Hohe Beamtin für Geschlechtergleichberechtigung, französisches Justizministerium

Teresa Peramato Martin, Leiterin der Abteilung für Gewalt an Frauen der spanischen Staatsanwaltschaft

Gyrithe Trautner Ulrich, stellvertretende Leiterin des Büros der Staatsanwaltschaft Kopenhagen

Catherine Sorita-Minard, Staatsanwältin der französischen Republik am ordentlichen Gericht von Colmar

16:30 Uhr – Ende der Konferenz

Olivier Christen, Leiter der Direktion Strafsachen und Begnadigungen, französisches Justizministerium